

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz

70. Sitzung
11. Februar 2026

Beginn: 14.01 Uhr
Schluss: 15.57 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Sven Rissmann (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) repräsentiert.

Überdies ist Herr Oberamtsanwalt Winkelmann von der Anwaltschaft Berlin zu den Punkten 4 a) und 4 b) anwesend.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Er stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023 anfertigen dürfen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Gemäß Punkt 4, Abs. 5 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 24. Mai 2023 ruft der Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf. Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) beantwortet diese sowie spontane, mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Einzelheiten vgl. Inhaltsprotokoll):

- „Wie ist der aktuelle Stand des Verfahrens gegen Maja T.?“
(CDU)
- „Das Verwaltungsgericht Berlin versinkt in Asyl- und Einbürgerungsklagen – was unternimmt der Senat gegen die zunehmende Belastung?“
(AfD)
- „Wie bewertet der Senat die Vorschläge zur Stärkung des Mieterschutzes bei möblierten Wohnungen, Indexmieten, Kurzzeitmietverträgen und Schonfristzahlungen im Referentenentwurf des BMJV?“
(SPD)
- „Wie bewertet die Senatsverwaltung die sehr hohe Einstellungsquote bei Ermittlungsverfahren wegen häuslicher Gewalt, wonach in Berlin ca. 76 % der Fälle eingestellt werden und nur 3 % zur Anklage kommen und welche Maßnahmen plant der Senat diesbezüglich?“
(Bündnis 90/Die Grünen)

Überdies beantwortet Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) die folgende mündliche Frage:

- „Wie viele der in der aktuellen Presseberichterstattung aufgeführten 43 Dienstreisen von Frau Senatorin Dr. Badenberg sind tatsächlich nach Nordrhein-Westfalen erfolgt?“
(Die Linke)

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2879 Neu

[0291](#)
Recht

Sechszwanzigstes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes

Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) erläutert die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2879 Neu.

Nach der Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der AfD bei Enthaltung der Fraktion Die Linke, dem Plenum zu empfehlen, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2879 Neu – anzunehmen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2372

[0246](#)
Recht

Reformieren, entlasten, vorbereiten: Die Zukunft der Jurist*innenausbildung

Frau Abg. Dr. Vandrey (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Antrag und beantragt auf Hinweis des Vorsitzenden hin, das in dem Antrag genannte Berichtsdatum auf den „1. Mai 2026“ zu aktualisieren.

Im Rahmen der Beratung nimmt Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) Stellung.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, den Antrag – Drucksache 19/2372– auch mit dem geänderten Berichtsdatum des „1. Mai 2026“ abzulehnen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 4 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|-------------------------------|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Raserfälle – Strafrechtliche Bewertung und
Entwicklung zu Verkehrsdelikten
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) | 0261
Recht |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Illegale Fahrzeugrennen in Berlin eindämmen –
Handlungsmöglichkeiten der Justiz
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | 0262
Recht |

Der Vorsitzende weist auf Folgendes hin:

- Die Punkte 4 a) und 4 b) haben bereits auf der Tagesordnung der 62. Sitzung am 24. September 2025 in Verbindung mit einer Anhörung gestanden und seien vertagt worden. Das Wortprotokoll der Anhörung liege vor und sei den Mitgliedern des Ausschusses am 4. Februar 2026 erneut per E-Mail übermittelt worden. Eine Begründung der Besprechungsbedarfe sei bereits in der besagten Sitzung erfolgt. Nach der ständigen Übung in diesem Ausschuss erfolge daher keine erneute Begründung.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) und Herr Oberamtsanwalt Winkelmann von der Anwaltschaft Berlin Stellung nehmen, schließt der Ausschuss die Besprechung zu den Punkten 4 a) und 4 b) der Tagesordnung ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 19/2619 Neu

**Neunzehntes Gesetz zur Änderung der Verfassung
von Berlin**

[0269](#)

Recht

InnSichO(f)

Der Vorsitzende weist auf Folgendes hin:

- Der Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung sei federführend und der Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz sei mitberatend.
- Es handele sich um einen Gesetzesantrag aus der Mitte des Abgeordnetenhauses nach Art. 59 Abs. 2, 2. Alt. der Verfassung von Berlin. Bei diesen sei das federführende Senatsmitglied nach § 43 Abs. 1 der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung / Besonderer Teil (GGO II) gehalten, eine schriftliche Stellungnahme vor der Ausschussberatung dem Ausschussvorsitzenden zuzuleiten. Diese Stellungnahme von Herrn Staatssekretär Hochgrebe liege vor und sei am 5. Februar 2026 per E-Mail an den Ausschuss übermittelt worden.

Herr Abg. Vallendar (AfD) begründet den Antrag und beantragt auf Hinweis des Vorsitzenden hin, das in dem Antrag genannte Datum des Inkrafttretens des Gesetzes auf den „1. Januar 2027“ zu aktualisieren.

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Antrag – Drucksache 19/2619 Neu – auch mit geändertem Datum des Inkrafttretens des Gesetzes des „1. Januar 2027“ abzulehnen.

Eine entsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung zugeleitet.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Der Vorsitzende kündigt an, dass er im Anschluss an diese Sitzung eine Runde der Sprecherrinnen und Sprecher zur Festlegung der Tagesordnung der kommenden Sitzung einberufen werde.

Die nächste 71. Sitzung findet am Mittwoch, den 25. Februar 2026, um 14.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Sven Rissmann

Dr. Petra Vandrey